

72 - 9.08.1997

BI verwundert über Aussagen

„Bürger gegen Polder“: Offener Brief an Martini

te. BODENHEIM – Polder sollten nur dort gebaut werden, wo schon heute natürliche Überschwemmungsgebiete vorhanden seien, da eine zusätzliche Gefährdung der Anwohner dort ausgeschlossen werden könne. Mit dieser abschließenden Grundaussage untermauert die Bürgerinitiative „Bürger gegen Polder“ ihren Standpunkt in einem „Offenen Brief“ an Umweltministerin Klaudia Martini. Die hatte vor Wochenfrist verlautbart, daß eine Hochwasserkatastrophe wie an der Oder auch am Rhein möglich sei (wir berichteten). Die Ministerin sprach sich dafür aus, die älteren Deiche zu verstärken und den Bau der elf in Rheinland-Pfalz vorgesehenen Polder – zu denen auch ein Areal im Bodenheimer Unterfeld zählt – voranzutreiben.

Die BI stimmt der Ministerin bei ihrer Feststellung, daß ähnliches wie in Brandenburg auch am Rhein geschehen könne, zu und fordert die Verantwortlichen auf, alles Notwendige zu tun, um solche Jahrhundertereignisse durch konkrete Maßnahmen des Hochwasserschutzes zu verhindern. Dazu zählt die BI auch die Erhöhung der Deiche auf das Niveau der hessischen Seite.

„Mit Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis, daß Sie wenig Verständnis für die Einwände betroffener Bauern und Anwohner haben bezüglich

der von der Landesregierung geplanten Retentionsflächen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten“, läßt die BI Klaudia Martini wissen. Dies bedeute entweder, daß die Ministerin kein Verständnis für die Ängste und Sorgen potentiell betroffener Anwohner habe oder sich mit den Gefahren eines Polders nicht auseinandergesetzt habe. „Eine Flutung des geplanten Polders im Bodenheimer Unterfeld würde z. B. bedeuten, daß der jetzige Hauptdamm von der Rheinseite als auch binnenseits durchnäßt würde.“ Die Situation im Oderbruch habe jedoch gezeigt, wie schwammig und gefährlich Deiche schon bei einer einseitigen Durchnässung werden können. Die BI verweist zudem auf den Polder bei Kehl, der bis heute nicht den Nachweis der Funktionsfähigkeit ohne Gefährdung der Anwohner erbringe.

All dies zeige, wie wichtig es sei, daß mit Sachverstand und unter Hinzuziehung aller, Planungen durchgeführt werden, um den Hochwasserschutz am Rhein sicherzustellen. „Davon auszugehen, daß betroffene Bürger ihre Einwände und Hinweise im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einbringen sollen, um den Terminplan nicht zu gefährden, halten wir deshalb für vermessenen, falsch und der Sache nicht dienlich.“